

ArbeiterWoche

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abzugspreis: bis maximal geladene Nonpareilgröße oder deren
Stärke 10 Pf., für Familienkreise 20 Pf., für die Kleinsten (entsprechend
an den beizuliegenden Zeitungspreisen) 10 Pf. Sonstige Abnahme nur
mehrwöchentlich von 9 Uhr an in der Expeditions Dresden-K., Schillerstraße 2

Abzugspreis: bei 500 monatlich 2,50 RM (inkl. im Voraus), durch
die Post 2,50 RM (ohne Abzug). Für „Arbeiterwochen“ werden 10 Pf.
abgezogen auf den Preis der Zeitung. In diesen Fällen besteht kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Abzugspreises.

Verlag: Dresdener Verlagsanstalt mbH, Dresden-K., Schillerstraße und
Königsplatz, Dresden-K., Postfach 17 252, Verlagsleitung: Dresden, 15. 6. 30.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg., Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr
betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 15-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 2. Juni 1930

Nummer 126

Die Mansfeld-Kumpel im Streik

Alle Gruben liegen still — Zentrale Kampfleitung unter Führung der Opposition — Entscheidungskampf gegen Lohnabbau — Kampfbündnis zwischen Mansfeld-, Nordwest- und sächsischen Metallarbeitern führt zum Sieg!

Sache, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In den ersten Morgenstunden des Sonntags zogen viele Hunderttausende Arbeiter, geführt von Abteilungen des proletarischen Selbstschutzes, vor sämtliche Mansfelder Betriebe. Die Hüttenbetriebe, die am Sonntag arbeiten sollten, wurden samt und sonders stillgelegt und die Hochöfen ausgeblasen. Nur in zwei Hüttenbetrieben versuchten einige von der Bürokratie bestimmte Streikbrecher die Arbeit fortzuführen. Auf der Koch-Hütte wagte sich aber beispielsweise nur ein einziger Streikbrecher auf das Werk. Er wurde von dem Betriebsleiter heimgeschickt. Auf den größten Schachtanlagen, die Sonntags normalerweise 200-250 Mann beschäftigen, sind überall nur drei bis fünf Mann eingefahren.

Die Arbeiter, die die Betriebe verlassen, wählten in wichtigen Versammlungen gemäß den Direktiven und unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition Kampfleitungen. Die Führung der Bewegung liegt vollkommen in den Händen der auf der Hellbacher Konferenz gewählten Zentralkampfleitung.

Die Reformisten, die wochenlang mit der Mansfeld-AG über die Lohnkürzungen gefühthandelt haben, suchten der Empörung der Mansfeldarbeiter Rechnung zu tragen. Am Sonnabend haben sie sogar auf dem Papier die Streikparole für Montag herausgegeben, ohne aber das geringste für seine Organisation zu tun. Am so größer war die Überraschung der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsführer, als am Sonnabendmorgen unter Führung der KPD Streikversammlungen abgehalten wurden, Streikleitungen gewählt und die Betriebe bereits am Sonntag stillgelegt wurden. Die Versuche der Reformisten, durch eine Witz-Hege gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihren eigenen Vorkritt und Verrat zu verschleiern, rufen die tiefste Verachtung der bisher von ihnen irreführten Arbeiter hervor. In Eisenbahn wurden die Gewerkschaftsböden von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gepackt und aus einer von ihnen selbst einberufenen Versammlung hinausgetragen, und sodann die in den Betrieben gewählten Streikleitungen bekämpft und erstickt. Heute morgen sind die Delegierten der Schächte nach der Sonntagsruhe nicht eingefahren. Gemäß den Anweisungen der zentralen Streikleitung sind auch die sogenannten Notstandsarbeiten eingestellt worden. Gemeinsam mit den Erwerbslosen und Arbeiterfrauen, die in vorbestehender Reihenfolge, Streikposten stehen und sich dem proletarischen Selbstschutz anschließen, gehen die streikenden Betriebsarbeiter im ganzen Mansfelder Land vor im geschlossenen Kampf bis zum endgültigen Sieg.

Der Streik der Mansfeld-Proleten richtet sich gegen Lohnabbau. Es ist der erste große Streik unter Führung der Opposition in diesem Jahre, der mit führender Entschlossenheit als wichtiges Vorpostengefecht bei der Niederbringung der Generaloffensive des deutschen Unternehmertums geführt wird. Sein Ausgang ist von großer Bedeutung für das gesamte deutsche Proletariat.

Während die reformistische Bürokratie in Sachsen und Nordwest nicht einmal in Worten etwas gegen die Lohnabbauoffensive der Metallindustriellen unternimmt und das Schicksal der Metallarbeiter den Bürgerblockschlechtern ausliefern will,

war sie im Mansfeldischen genötigt, in Worten den Kampf zu unterstützen, beginnt ihn aber schon in seinem Anfang praktisch zu sabotieren. Die unerhörte Wahlmacht der sächsischen SPD-Pressen gegenmütig, die „nach Arbeit schreit“ und „den Bürgerblock zum letzten Mal warnen“, wird durch das praktische Verhalten der reformistischen Bürokratie in das rechte Licht gerückt. Nicht in Worten, sondern nur durch den Kampf kann Lohnerhöhung und Arbeitszeit erzwingen, den Erwerbslosen Brot und Arbeit gegeben werden. Das Kampfbündnis zwischen Mansfeld-Proleten, Nordwest und Sachsen, die Organisation dieser mächtigen Streikfront wird den Erfolg sichern. Die sozialdemokratische Bürokratie spielt auf diese Maßnahmen. Ihre radikalen Phrasen sind auf Wahllegation eingestellt.

Denselben Wahlbetrug vollziehen die Sachsen. Auf ihrem Blaueiner Treffen führten sie riesenplakate mit „Für Brot und Arbeit“. Beim wirklichen Kampf aber um Brot und Arbeit übernehmen sie die Funktion des Streikbruchs.

Der Streik in Mansfeld ist ausgebrochen und steht unter revolutionärer Führung, unter Führung der Arbeiter selbst. Ein breiter Vorstoß in den Gewerkschaften Sachsens, die Mobilisierung der Betriebe, die Vorbereitung des Streiks und entsprechende organisatorische Maßnahmen müssen jetzt auch von der Gewerkschaftsopposition in ganz Sachsen zum Programm ihres Handelns erhoben werden. Nicht radikales Geschwätz, sondern Handeln ist das Gebot der Stunde.

Polizei-Panzerautos und Karabiner

bahnen den Nazis den Weg in die Blaueiner Arbeiterviertel

Statt 20 000 nur 4 200 uniformierte Nazis — Arbeiter trotzen dem Demonstrationsverbot
Brutale Polizeigattaden — Antwort: Roter Tag in Blauen am 15. Juni!

Blauen i. Sg., 2. Juni. (Eig. Bericht.)

Unter dem Schutz von Panzerautos, der entsetzten Karabiner und der Gummiknüppel der republikanischen sächsischen Polizei konnten die Vorbanditen Hitler am 1. Juni ihr mitteldeutsches Treffen durchführen. Nur diesem Schutz haben sie es zu verdanken, daß dieses Treffen, das der „Aufruf zur Eroberung des Arbeiter-Sachsens“ sein sollte, nicht eine vollkommene Pleite geworden ist. Von ursprünglich 20 000 Uniformierten waren es beim Hauptaufmarsch in Blauen nach genauer Zählung 4 200 Demonstranten.

Das Zusammenarbeiten zwischen Polizei und Nazis war ungeheuerlich.

4 der modernsten doppelstürmigen Panzerwagen

durchführen die Straßen. Außer riesigen Bereitschaften an allen Brennpunkten der Stadt waren alle 50 Schritt auf dem Weg, den der Zug passierte, Doppelposten mit entsetzlichen Karabiner aufgestellt. Erst unter diesem Schutz glaubte die Faschistengarde genug zu sein, den Zug durch einige Straßen des Arbeiter-Stadtteils Hohlbrunn zu führen. Der ganze Haß der Arbeiter, die ungeheure Empörung über die 14 Arbeitermorde in den letzten Tagen, schlug den Faschisten entgegen. Durch Bau- und Verkehrsbehindernde hörten die Arbeiter an verschiedenen Stellen den Aufruf. Dem Zug voran

stürmte eine Polizeibereitschaft von etwa 50 Mann mit schußbereitem Karabiner

und Gummiknüppeln, und bahnte so den Faschisten den Weg. Blindlings wurde auf alles eingeschlagen, was in den Weg kam. Eine Reihe von Verhaftungen, darunter auch Frauen,

wurde vorgenommen, eine Anzahl Arbeiter erheblich unter dem Beschlaggebrüll der marschierenden Faschisten verlegt. Aber all diese Maßnahmen hielten die Arbeiter nicht davon ab, immer wieder auch nach dem Durchmarsch der Nazis für die Wache der Klasse 3, gegen den faschistischen Arbeitermord zu demonstrieren. Das ganze Wesen der Weimarer Demokratie entthüllte sich dabei. Während den Faschisten mit Karabinern der Weg durch die Arbeiterviertel und die Arbeiterstraßen gewaltsam eröffnet wurde, wurden wenige Minuten später, als die Arbeiter nach dem Abmarsch der Faschisten in denselben Straßen demonstrierten, die Arbeiterdemonstrationen von der bewaffneten Staatsmacht auseinandergetrieben.

Die verbrecherische Aufforderung der sozialdemokratischen Presse

auch in Sachsen „an die zuständigen Stellen, härter gegen die radikalen Unruheherde vorzugehen“, entlarvt sich hier als die faschistische Aufforderung an die kapitalistische Staatsmacht, den Terror gegen die Kommunisten zu verschärfen.

Am Zentrum der Stadt ging es während des Nazitreffens hoch her. Schätzungsweise 200 elegante Automobile mit Fabrikanten, Unternehmern und Studenten durchfahren mit Hakenkreuzanhängern die Stadt. Die ersten Hotels der Stadt waren überfüllt. Währenddessen waren die einfachen Mannschaften in Massenquartieren, weil die Requirierung von Privatquartieren vollkommen mißglückt war, untergebracht. Noch am Sonnabendmorgen um 3 Uhr waren 300 Nazis ohne Quartier und gaben ihrer Empörung über diese unterschiedliche Behandlung von Führern und Mitgliedern offen Ausdruck.

Die prohodenden Wägen der Blaueiner Industriellen hatten schwarze rote Platten am angelegt.

Auf den Straßen wurden den Nazis von eleganten Frauen und Bürgermädchen Blumen zugeworfen. Zu gleicher Zeit aber demonstrierten die Faschisten ihre Schilde für „Brot und Freiheit“. (Wenn es noch eines Beweises bedarf, weisen Zweden viele „Arbeiterpartei“ dient, so hat es Blauen gezeigt. Es ist die Schutzgarde der Kapitalisten. Aber gerade diesen schärfst ausgeprägten Klassencharakter des Blaueiner Treffens müssen wir auswerten, indem wir den irreführten proletarischen Mitgliedern der sächsischen Organisationen warnen, daß sie mit Scheinradikalen Phrasen irreführt, praktisch aber von den kapitalistischen Ausbeutern im Kampf gegen die Revolution mißbraucht wurden.)

Schließlich sei noch das Verhalten der SPD-Führer erwähnt. Unter dem Druck der Massenempörung gegen den Faschistenaufmarsch hatten sie in den letzten Tagen Flugblätter herausgegeben, auf denen unsere Parolen standen. Als praktische Maßnahme aber forderten sie die Arbeiterjugend und die Reichsbannerarbeiter auf, ins Grüne zu gehen. Mit Recht waren viele sozialdemokratische Arbeiter über dieses unerhörte zweifelhafte Verhalten empört. Viele von ihnen, vor allen Dingen

sozialdemokratische Jungarbeiter demonstrieren gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern.

So hat das Blaueiner Nazitreffen uns eine weitere Möglichkeit gegeben, in der Richtung der Schaffung der revolutionären Einheitsfront unter unserer Führung erfolgreich weiterzuarbeiten.

Espering fordert in einer Münchener Verammlung Verhöhnung des Wahlrechts. Die bürgerlichen Parteien erheben das gleiche Geschrei. Die Rezepte der „Wunderdoktoren“ werden nutzlos sein.

10% iger Beamtenabbau

Brünings „Sparprogramm“ vor der Veröffentlichung — Mit Diktaturparagraph 48 gegen die unteren Beamten

Berlin, den 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie verlautet, wird das Bürgerblock-Kabinett in den nächsten Tagen mit einem Sparprogramm an die Öffentlichkeit treten. Der Inhalt dieses Programms wird zur Zeit noch durchgearbeitet und ist zum größten Teil verfassungsändernd. Schon aus diesem Grunde wird es eine politische Hochspannung geben, denn im Hintergrund droht die Brüning-Regierung wieder mit dem Diktatur-Paragraphen, den ja Finanzminister Dr. Meißner bereits in seiner letzten Rede in Köln wieder erwähnte. Nach diesem Programm soll ein 10-prozentiger Beamtenabbau erfolgen. Ferner soll die Altersgrenze für Beamte von 65 auf 68 Jahre heraufgesetzt werden.

Es ist klar, daß durch diese Rationalisierung des Verwaltungsapparates zunächst „unliebsame“, links eingestellte und untere Beamte auf Straßenplätzen liegen. Das kommt nach die bereits bekanntgewordene Absicht von sogenannten parlamentarischen Einparungen, nämlich die Verminderung von Reichstagsabgeordneten, daß nicht mehr wie bisher auf je 60 000 Einwohner, sondern nur noch auf

80 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Ferner soll ein Gesetz die Länder zwingen, auch die Abgeordnetenzahl der Länder zu verringern. Außerdem sollen verschiedene Ämter abgeschafft werden, so das Amt des Reichsfinanzrats, eine Reihe von Finanzämtern und die Reichszentrale für Heimatsdienst, deren Reichswirtschaftsbehörde von allen anderen öffentlichen Instituten übernommen worden ist und somit für den besonderen Zweck überflüssig wurde. Ingesamt handelt es sich um sechs einzelne Gesamtentwürfe, von denen jeder mindestens eine verfassungsändernde Bestimmung enthält. Im Fall der Ablehnung dieses Sparprogramms wird die Brüning-Regierung, in den nächsten Tagen das Parlament unter dem Druck der Auflösungsandrohung stellen und mit Hilfe des Artikels 48 das ganze Programm durchführen.

Diese Tatsachen enthüllen aufs deutlichste den Faschistierungsprozess und die Herausforderung der Verfassungen, die von dem Brüning-Kabinett bewußt auf härteste betrieben wird. Die KPD wird in Verbindung mit der Aktion gegen den Vorstoß der Zuchtgewaltigen auf Lohnabbau auch gegen diese ungeheuren Maßnahmen, gegen den Beamtenabbau die Massen mobilisieren.